

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Abend-Zeitung. 1949-1951 1950

240 (14.10.1950)

AZ BADISCHE ABEND-ZEITUNG

Schriftleitung, Verlag und Vertrieb: Karlsruhe, Waldstraße 28, Telefon 7150-53 Bankkonten: Badische Bank, Karlsruhe; Badische Kommunale Landesbank, Karlsruhe; Südwestbank, Karlsruhe; Stadt. Sparkasse, Karlsruhe; Postscheck: Verlag AZ Badische Abendzeitung, Karlsruhe, Nr. 19 800

HEIMATZEITUNG
FÜR STADT UND LAND

Erscheint täglich außer Sonntags. Erfüllungsort: Karlsruhe. Monatsbezugpreis 2,40 DM zuzüglich 40 Pfennig Trägergebühr bei Zustellung ins Haus bzw. 54 Pfennig bei Postzustellung. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen. Anzeigenrundpreis: Die 12gespaltene Millimeterzelle 30 Pfennig.

2. Jahrgang / Nummer 240

Karlsruhe, Samstag, 14. Oktober 1950

Einzelpreis 15 Pfg.

Dr. Schumacher erklärt:

Ost-„Wahlen“ ohne Legitimation

Nur Ja-Stimmen möglich - KP-Mehrheit gesichert

Bonn (EB). Im sowjetisch besetzten Gebiet Deutschlands finden morgen, mit Ausnahme von Ostberlin, sogenannte Wahlen statt, durch die neue parlamentarische Körperschaften für die Volkskammer, die Länder- und Gemeindeparlamente berufen werden sollen. Bundeskanzler Dr. Adenauer und der Führer der Opposition, Dr. Schumacher, nahmen gestern über die Sender der Bundesrepublik dazu Stellung. Die Bundesrepublik, so erklärten sie, werde in ihrem Kampfe nicht nachlassen, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen. Wie unser Korrespondent aus Berlin meldet, werden die Stimmzettel nur die Fragen enthalten, ob der Wähler für die Einheit Deutschlands eintrete. Für ein „Nein“ soll auf dem Stimmzettel kein Platz sein. Eng bedruckt enthält er die Namen der Spitzenkandidaten der Volkskammer und die Formulierung: „Mit der unveränderten Abgabe stimme ich für den vorgelegten Wahlvorschlag“. Unabhängig von der Zahl der Wählerstimmen steht damit die Zusammensetzung der Parlamente bereits fest. Nahezu die gesamte freie Welt, insbesondere aber die westdeutschen Politiker, sind sich darüber einig, daß durch diese Scheinwahlen das kommunistische Regime gefestigt werden soll. Die deutsche Sozialdemokratie, die in den ersten Jahren nach 1945 im Kampf gegen den Terror in Mitteldeutschland allein stand, hat damit die Unterstützung der westdeutschen Parteien und der Alliierten erhalten.

Bundeskanzler Dr. Adenauer appellierte an die Bevölkerung der Sowjetzone, sich durch diese „Wahl“ nicht beirren zu lassen. Westdeutschland könne die Gewissensnot und hoffe auf ein Deutschland in Einigkeit und Recht und Freiheit. Aus dieser Wahl könnten die Machthaber in der Sowjetzone keinerlei Rechte herleiten. Die Aufstellung einer Einheitsliste beweise vielmehr, daß die Kommunisten sich der Tatsache bewußt seien, niemals vom Volke einen politischen Auftrag zu erhalten. Adenauer ging auf den ungeheuren Zwang ein, der in der Sowjetzone auf die Bevölkerung ausgeübt werde, und betonte, daß die menschliche Würde seit Jahren vergewaltigt worden sei.

Westliche Solidarität der Taten

Als Gegenparole gegen die Scheinwahl in der Sowjetzone stellte der SPD-Vorsitzende Dr. Kurt Schumacher die Parole von der deutschen Einheit auf der Grundlage allgemeiner, freier, direkter und geheimer Wahlen auf. „Es ist die Parole, eine deutsche Einheit zu schaffen und nicht wie die Männer in Pankow versuchen, die Einheit einer russischen Provinz mit deutschen Bewohnern“, erklärte Schumacher über die deutschen Sender. Der 15. Oktober sei für alle Deutschen der Sowjetzone ein Tag der Demütigung und der Trauer. Die Menschen der ganzen Welt fühlten sich an diesem Tage mit dem Schicksal der Unterdrückten und Gequälten verbunden. „Die dortigen Machthaber haben für Freiheit und Einheit kein Verständnis“, sagte Schumacher. Ihre Politik werde von ihrer Idee und Praxis getragen, ein Maximum an Reparationen für eine fremde Besatzungsmacht herauszuholen. Die deutsche Einheit sei heute schon die Frage nach der Position der Weltdemokratie gegenüber dem östlichen Totalitarismus. Die Beauftragten der Sowjets möchten sich morgen eine Legitimation dafür holen, im Namen ganz Deutschlands zu reden. Die Welt wisse jedoch ganz genau, daß die Deutschen in der Ostzone ihre Unterdrücker erbittert ablehnten, sie haßten und sie vertreiben möchten. Nur der Druck der Besatzungsmacht hindere sie daran. Das Ergebnis vom 15. Oktober sei erlogen, erzwungen und erschoben. Die Deutschen der Ostzone sollten sich daher nicht provozieren lassen, warnte der SPD-Vorsitzende. Sie sollten sich nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen und sie sollten nichts riskieren. Sie sollten nur dann „Nein“ sagen, wenn sie absolut sicher seien. Die Welt kenne ihren Mut, sie brauchten ihn jetzt nicht mehr zu beweisen. Der Westen aber habe stärker als bisher die Verpflichtung, seine Solidarität mit Taten zu beweisen.

Die Frage der deutschen Einheit werde nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden, erklärte Dr. Schumacher und schloß seine Rede mit:

USA versprechen Militärhilfe für Indochina

Washington (dpa). Die Regierung der USA hat der französischen Regierung, wie gestern im USA-Außenministerium bekanntgegeben wurde, versichert, daß sie ihr möglichstes tun werde, die Waffenlieferung an die hartbedrängten französischen Streitkräfte in Indochina zu beschleunigen.

Offiziell wurde gestern in Saigon bekanntgegeben, daß wiederum ein größerer französischer Stützpunkt im Norden Indochinas gesäumt werden mußte.

Ansprache mit dem Ruf an die Deutschen der Ostzone ab: „Verzagt nicht, denn die Notwendigkeit der Geschichte arbeitet für eure Sache, für unsere Sache, für die gemeinsame Sache, für die Freiheit!“

KP-Erfolg garantiert

Der kommunistische Erfolg der Scheinwahlen ist bereits jetzt garantiert. Die Bevölkerung hat nicht die Möglichkeit auszuwählen, sondern kann nur zustimmen. In der Volkskammer und den Landtagen sind die Kandidaten nach einem Schlüssel aufgestellt worden. Davon entfallen auf die SED 20 Prozent, auf die kommunistischen Massenorganisationen 52 Prozent und auf die CDU und LPD je 14 Prozent. Das Bild der Landtage verschiebt sich durch diese Schlüsselung künftig in allen fünf Länderparlamenten zugunsten der SED. Sie hat überall eine Zweidrittelmehrheit, während CDU und LDP in Sachsen-Anhalt und Brandenburg bisher über eine absolute Mehrheit verfügen.

US-Plan für Besetzung Nordkoreas

UNO-Truppen sollen für Sicherheit sorgen - Einmarsch der Chinesen erwartet

New York (dpa). Die USA-Regierung hat der UNO gestern den Entwurf einer Besatzungsdirektive für das UNO-Kommando in Nordkorea eingereicht. Danach soll die Besatzungszeit Nordkoreas unter General MacArthur so lange dauern, bis die innere Sicherheit im Lande hergestellt, allgemeine Wahlen durchgeführt und eine Nationalregierung für Gesamtkorea im Amt ist.

Nach dem Amtsantritt der koreanischen Einheitsregierung sollen nur noch wenige Truppen die Wahrnehmung der UNO-Funktionen sicherstellen. Bis dahin soll sich die Beteiligung der südkoreanischen Regierung an der Verwaltung Nordkoreas in möglichst engen Grenzen halten, und auch die amerikanische Besatzungspolitik wird die Grundstruktur Nordkoreas so wenig wie möglich ändern. Die Bodenreform und die Verstaatlichung der Industrien soll nicht rückgängig gemacht werden. Präsident Truman und General MacArthur werden diesen Plan bei ihrer Zusammenkunft auf der Insel Wake erörtern.

Der UNO-Korea-Ausschuß sprach sich gestern in einer Geheimsitzung dafür aus, die Zuständigkeit der südkoreanischen Regierung

Heinemann widerlegt Adenauer

„Der Bundeskanzler erklärte seine Bereitwilligkeit zur Remilitarisierung“

Bonn (dpa). Der zurückgetretene Innenminister Dr. Gustav Heinemann betonte gestern erneut, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer den Alliierten die Bereitwilligkeit der Bundesrepublik zur Remilitarisierung versichert habe. In einer Erklärung, die Dr. Heinemann dpa übergab, widerlegt er das spätere Dementi des Kanzlers, indem er nochmals im einzelnen auf die Vorfälle eingeht.

Er vertritt nach wie vor die Auffassung, daß die Bundesregierung nicht von sich aus einen militärischen Beitrag anbieten dürfe. Heinemann betont weiter, der Bundeskanzler habe dem amerikanischen Hohen Kommissar ein Sicherheitsmemorandum als Unterlage für die New Yorker Außenministerkonferenz übergeben, das in dem Kommissar der Außenminister zu dem Satz Anlaß gegeben habe: „Die Minister haben zur Kenntnis genommen, daß in jüngster Zeit in Deutschland Stimmen laut geworden sind, die eine deutsche Beteiligung an einer gemeinsamen Streitmacht befürworten“. Der französische



Südweststaat-Konferenz ohne Ergebnis

In Bad Wildbad fand am Donnerstag das erste Treffen der Regierungschefs der drei südwestdeutschen Länder nach der Volksabstimmung statt, um über den weiteren Weg zu beraten. Staatspräsident Leo Wohleb schlug eine „Arbeitsgemeinschaft“ der drei Länder vor, die lediglich eine weitere Verschleppung der Entscheidung über die Südweststaatsfrage darstellen würde. Unser Bild: Von links nach rechts: Dr. Reinhold Maier, Ministerpräsident von Württemberg-Baden, Finanzminister Edmund Kaufmann, Staatspräsident Gebhard Müller (Württemberg-Hohenzollern) und Leo Wohleb, Staatspräsident von Südbaden.

Deutsche Politiker bei der UNO

Bonn (dpa). Die Sachverständigendelegation der Bundesrepublik für die bevorstehende UNO-Vollversammlung ist am Freitag nach den USA abgereist. Der Delegation gehören die Bundestagsabgeordneten Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU) und Hermann Wehner (SPD) sowie Raimund Hergt vom Bundesjustizministerium und der Sekretär der deutschen Europadelegation, Dr. Georg Federer, an.

Die deutschen Sachverständigen sollen bei den Beratungen der UNO-Vollversammlung über das Schicksal der noch immer festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion die von der Bundesregierung hierzu gesammelten Unterlagen vorlegen und erläutern.

Moskau gibt Einmischung in österreichischen Streik zu

Wien (dpa). Der stv. sowjetische Hohe Kommissar in Österreich, Generalmajor G. K. Tsinjew, gab am Freitag zu, daß sich sowjetische Offiziere bei den Wiener Streiks in die Polizei-Aktionen eingemischt haben, damit die Streikenden das Postamt von Wiener-Neustadt wieder besetzen konnten.

Der stv. Hohe Kommissar der USA, Brigadegeneral J. C. Fry, erklärte hierzu, der britische, der amerikanische und der französische Vertreter hätten sich in der Freitagsitzung des Alliierten Rates hinter die Beschwörung der österreichischen Regierung gestellt, daß die sowjetischen Behörden sich unrechtmäßig in die inneren Angelegenheiten Österreichs eingemischt hätten.

USA-Streitkräfte mit 2,1 Millionen Mann

Washington (dpa). Der amerikanische Generalstabschef Bradley teilte am Donnerstagabend mit, daß die amerikanischen Streitkräfte auf 2,1 Millionen, 62 Luftgruppen und 905 Kriegsschiffe verstärkt werden.

Es sei geplant, die Streitkräfte später noch weiter zu erhöhen. Der Ausbau der Landesverteidigung koste insgesamt rund 25 Milliarden Dollar, das sind über 100 Milliarden DM. Mit 2,1 Millionen Mann werden die amerikanischen Streitkräfte um 50 Prozent stärker sein als vor Ausbruch des Korea-Konfliktes.

Aus aller Welt

Budapest. Das ungarische Verteidigungsministerium gab bekannt, „angesichts der bis an die Zähne bewaffneten kapitalistischen Imperialisten“ müsse Ungarn verstärkt aufgerüstet werden. Washington. Auf der französisch-amerikanischen Aufrüstungskonferenz in Washington wurde festgelegt, daß Frankreich seine Truppen in Europa bis Ende 1951 von 5 auf 10 Divisionen erhöhen werde. Brüssel. Die belgische Regierung billigte gestern eine Gesetzesvorlage, die eine Verlängerung der Militärdienstpflicht von 12 Monaten auf 1 Jahre versieht.

Es geht um unsere Jugend

Von Ernst Paul, M. d. B.

Der heranwachsenden Generation des deutschen Volkes wurde ein besonders tragisches Schicksal zuteil. Die heute Achtzehnjährigen wurden in die geistige Zwangsjacke des Dritten Reiches hineingeboren. In der Schule, Hitlerjugend und in dem unter Terror stehenden Elternhaus mußten die jungen Menschen Scheinideale anbeten. Der Krieg tötete ihre Väter und Brüder und im Grauen der Bombennächte griff der Tod wahllos nach jung und alt. Unter Hunger und Entbehrungen rollte sich ein freudloses Dasein für diese Jugend ab. Als der Krieg vorüber war, kam für viele erst recht eine Zeit des Leidens, Heimatvertrieben, vielfach ohne Eltern, Freunde und Berater warf das Schicksal Hunderttausende junger Menschen durcheinander.

Daß ein solch hartes Schicksal nicht ohne psychische und moralische Auswirkungen auf die Jugend bleiben konnte, darf uns nicht verwundern. Natürlich gibt es einen Teil junger Menschen, der verwahrlost ist. Natürlich gibt es einen anderen Teil, der einen starken Grad der Anfälligkeit für Verbrechen und Prostitution aller Art aufweist. Es kann ja gar nicht anders sein. Wer aber all die Umstände bedenkt, unter denen die junge Generation aufwachsen mußte, wird nicht ohne Befriedigung feststellen, daß unsere Jugend — relativ gesehen — erstaunlich gesund geblieben ist. Wer sie bei Arbeit und Spiel, beim Sport und bei den Wanderungen beobachtet, wird von Zuversicht für die Zukunft des deutschen Volkes erfüllt — trotz alledem. Selbst im Vergleich zu der Jugend anderer vom Krieg milder hart oder gar nicht betroffener Völker, kann sich unsere Jugend ruhig sehen lassen. Der deutsche Volkskörper hat eine stärkere Widerstandskraft bewiesen, als 1945 angenommen werden konnte.

Natürlich gibt es zahlreiche ungelöste Probleme und Erscheinungen, die uns Sorgen bereiten. Es gibt Zehntausende junger Menschen, die herumstreuen, den sittlichen Halt verloren haben und der Verwahrlosung anheimgefallen sind. Alkohol und minderwertige Lektüre, schlechte Filme, Glücksspiel und leichte Vergnügungen locken auf Abwege. Diesen Gefahren muß und soll begegnet werden, und es wäre eine ernste Aufgabe des deutschen Bundestages, sich mit diesen Problemen in ihrer Gesamtheit zu beschäftigen.

Mit tiefem Bedauern muß leider festgestellt werden, daß die erste Gesetzesvorlage, die nun den Bundestag beschäftigt und die Schutzmaßnahmen für unsere Jugend zum Ziele hat, die Sache am verkehrten Ende anpackt. In der gestrigen Sitzung des Bundestages sollte in zweiter Beratung der Entwurf eines „Gesetzes zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit“ behandelt werden, zu dem die CDU die Initiative ergriffen hatte. Gegen diesen Gesetzesentwurf wurden bereits früher die größten Bedenken erhoben. In den Ausschüßberatungen bemühten sich vor allem die sozialdemokratischen Vertreter, den Entwurf vernünftiger zu gestalten. Es zeigte sich aber, daß eine Sache, die in der ganzen Anlage eine Fehlkonstruktion ist, nicht in einem solchen Maße verbessert werden kann, daß man ihr die Zustimmung zu geben vermag. Der Bundestag schob die Verhandlung auf die kommende Woche auf und verschaffte der deutschen Öffentlichkeit dadurch eine willkommene Pause, um nochmals zum ganzen Problem Stellung nehmen zu können.

Der CDU-Antrag bestimmt in der Ausschüßfassung, daß Jugendliche unter 16 Jahren sich während der Dunkelheit nicht „herumtreiben“ dürfen. Jugendlichen unter 16 Jahren darf der Aufenthalt in Gaststätten nur in Begleitung eines Erziehungsberechtigten, jenen von 16 bis 18 Jahren eine solche Begleitung nur bis 22 Uhr gestattet werden. Die Teilnahme an öffentlichen Tanzveranstaltungen soll Jugendlichen unter 16 Jahren nicht erlaubt werden, außer in Begleitung eines Erziehungsberechtigten, im Alter von 16 bis 18 Jahren für die Zeit von 22 bis 24 Uhr auch nur in Begleitung einer Gardedame, beim Besuch von Varieté, Kabarett, Revue- und Filmveranstaltungen sind ebenfalls starke Einschränkungen vorgesehen.

Falls dieses Gesetz zustande kommen sollte, steht zweierlei von vornherein fest: Es wird entweder nicht eingehalten werden oder es wird die Schaffung eines Apparates von Jugendpflegern erforderlich, der unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht geschaffen werden kann. Im ersteren Falle ist der Gesetzgeber blamiert, im zweiten büdet sich die Gesellschaft eine Last auf, die zu tragen sie weder qualifiziert noch materiell imstande ist.

Es wäre verlockend, die Unmöglichkeit der Durchführung eines solchen Gesetzes in den Einzelheiten nachzuweisen. Man betrachte nur den „Herumtreiber-Paragraphen“. Sollen Jugendliche im Winter, wo es um 5 Uhr nachmittags dunkel wird, sich nicht mehr auf die Straße wagen und einen harmlosen Schaufensterbummel machen dürfen? Soll ein 15-jähriger junger Mensch nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr vor dem Haustor stehen und mit einem Freund oder einer Freundin schwätzen dürfen? Soll ein junger Mensch, der in einem Kellerloch haust oder einer freudlosen und überfüllten Wohnung fliehen will, nicht einmal den Abend lang in einem Kaffeehaus oder einer Gaststätte bei einem Glas Tee, Bier oder Coca Cola sitzen und Zeitungen lesen oder Musik hören dürfen? Wer will z. B. auf den Cannstatter Wasen oder Kirchweihfesten kontrollieren, ob der Besucher einer kitschigen Schauausstellung 15 oder 16 Jahre alt ist?

Wenn das Schicksal unserer Jugend am Herzen liegt, muß mit positiven Maßnahmen einsetzten. Bessere Wohnungen, schöne Jugendheime, gute Filme, gute Lektüre, anständige Löhne — das sind die Mittel, um unserer Jugend zu helfen und die ihr drohenden Gefahren zu verringern. Man muß Übelstände an der Wurzel packen, nicht aber ihre äußeren Erscheinungen einzudämmen versuchen.

Freibeuter der sozialen Marktwirtschaft

Versicherungsrechte werden herabgemindert - Koalition verweigert Rentnerhilfe - Erneut alle SPD Anträge niedergestimmt

Bonn (EB). Die Regierungsparteien lehnten in der gestrigen Bundestagsitzung bei der dritten Lesung des Gesetzes über die Selbstverwaltung der Sozialversicherung erneut alle Abänderungsanträge der SPD ab. Die SPD stimmte deshalb gegen das ganze Gesetz. Der Abg. Schöttle (SPD) erklärte daraufhin, der Entwurf, der die Rechte der Versicherten derartig herabmindere, könne nur noch als „Gesetz zur Herabminderung der Versichertenrechte“ bezeichnet werden.

Die Anträge der SPD bezweckten vor allem die Besetzung der Organe der Versicherungsträger bei der Kranken-, Angestellten- und Arbeiterrenten-Versicherung nur zu zwei Dritteln mit Versichertenvertretern und die Verhinderung der Bildung kleiner Sonderklassen. Der Antrag auf namentliche Abstimmung wurde von der Koalition im Hammersprung mit 172 zu 160 Stimmen abgelehnt. Ein zweiter SPD-Antrag verfiel ebenfalls der Ablehnung. Die Regierungsparteien drückten die paritätische Besetzung durch. Der SPD-Abgeordnete Richter hatte darauf verwiesen, daß nur soziale Sicherheit eine Grundlage für das Gefühl der Arbeitnehmer sein könnte.

in seinem Lande etwas verteidigen zu müssen. Vor der dritten Lesung erklärte der SPD-Abgeordnete Schöttle, der Entwurf werde sich nunmehr als ein Gesetz zur Herabminderung der Rechte der Versicherten in der Sozialversicherung auswirken.

Abg. Schöttle erklärte bei der Beratung des Gesetzes über die vorläufige Haushaltsführung, die SPD sei nicht gegen eine Vorratshaltung. Sie werde aber gegen den Entwurf stimmen, der eine Erhöhung des Kreditplafonds des Bundesfinanzministers um 500 000 DM vorsehe, weil die Schwierigkeiten in der Versorgung eine Folge der Regierungspolitik sei. Die SPD habe diese Gesamtpolitik der Regierung von Anfang an abgelehnt. Das Gesetz wurde von der Koalition angenommen.

Koalition verweigert Rentnerhilfe

Koalitionsparteien, Bayernpartei und nationale Rechte verweigerten einem SPD-Antrag auf Anpassung der Rentenleistungen an das erhöhte Preisgefüge die Zustimmung und verwiesen ihn als „Material“ an das Bundesarbeitsministerium. In der Antragsbegrün-

dung hatte der SPD-Abg. Fischer auf das unerhörte Massenelend bei den Millionen von Rentempfangern hingewiesen und die Freibeuter der sozialen Marktwirtschaft, denen diese Millionen hilflos ausgesetzt sind, angeprangert.

Abg. Fischer gab bekannt, daß die monatlichen Durchschnittseinkommen eines Rentners aus der Invalidenversicherung 53 DM, aus der Angestelltenversicherung bis 90 DM, aus der Arbeitslosenversicherung bis 122 DM und aus der Arbeitslosenfürsorge bis 99 DM betragen. In Westdeutschland gebe es gegenwärtig rund zehn Millionen Empfänger solcher Renten, von denen vier Millionen ohne Verwandtenbeihilfe seien. Sie müßten unter dem Existenzminimum leben. Diese Tatsache allein beweise, daß das Staatsschiff leck sei. Abg. Fischer bezeichnete die soziale Frage als die Schicksalsfrage Deutschlands und forderte die Regierungsparteien auf, durch Annahme des Antrages zu beweisen, daß sie bereit seien, ein soziales und gerechtes Deutschland aufzubauen. Die Hinweise des Bundesarbeitsministers, daß die Staatskasse nicht über die Mittel verfüge, um die geforderten Erhöhungen zu bezahlen, beantwortete Abg. Fischer mit den Worten: „Wir wissen, daß die Sozialpolitik Geld kostet!“

Bundestag vereidigt Lehr

Der Deutsche Bundestag vereidigte zu Beginn der Sitzung nach den Bestimmungen des Grundgesetzes den neuen Bundesinnenminister Dr. Robert Lehr. Der stv. Bundestagspräsident Prof. Carlo Schmid wies darauf hin, daß Dr. Lehr die besonders schwere Aufgabe der Obhut der öffentlichen Ordnung und der Lebensverhältnisse des deutschen Volkes übernommen habe. Mit erhobener rechter Hand sprach der Bundesinnenminister die von Prof. Schmid verlesene Eidesformel nach und schwur, seine ganze Kraft dem Wohl des deutschen Volkes zu widmen, dessen Nutzen zu mehren, Schaden von ihm zu wenden, die Gesetze zu wahren und zu verteidigen, seine Pflichten gewissenhaft zu erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben.

DGB-Weißbuch

über Sozialversicherungsgesetz

Düsseldorf (EB). Der Deutsche Gewerkschaftsbund will in Kürze ein Weißbuch zum „Gesetz über die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung“ herausgeben. Das Weißbuch soll die Stellungnahmen der Gewerkschaften und der Parteien zu dem Gesetz enthalten.

Dr. Ott wechselt wieder die Fraktion

Bonn (EB). Im Verlauf der 91. Plenarsitzung gab der stv. Bundestagspräsident bekannt, daß die Abg. Tichy, Fröhlich, Weickert und Ott aus der WAV, der Partei des Abg. Loritz, ausgetreten sind und unter der Leitung des Abg. Tichy eine eigene parlamentarische Gruppe, die sogenannte „Deutsche Gemeinschaft — Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (DG — BHG) gebildet haben. Abg. Ott war Hospitant der WAV. Die Loritz-Partei hat damit im Bundestag ihren Fraktionscharakter verloren. Die neue Gruppe bildet eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Zentrum.

Luxussteuer abgelehnt!

Bonn (EB). Der Finanz- und Steuerausschuß des Bundestages hat in seiner letzten Sitzung mit den Stimmen der Regierungsparteien den ersten Teil des Aufwandsteuergesetzes abgelehnt, ohne in eine sachliche Debatte darüber einzutreten. Die Beratung des zweiten Teils — der sogenannten Spesensteuer — wurde vertagt. Das Finanzministerium soll zunächst dem Ausschuß einen Vorschlag unterbreiten, die Absichten der Spesensteuer durch eine entsprechende Durchführungs-Verordnung zum Einkommensteuer-Gesetz zu verwirklichen.

Arbeitsaufnahme an den Wasserstraßen

Hamburg (dpa). Die Arbeiter und Angestellten der Wasserstraßenverwaltungen haben ihre Arbeit am Freitagmorgen wiederaufgenommen. Sie haben ihren Lohnstreik damit nach genau einer Woche abgebrochen.

Bundessicherheitsamt geplant

Bonn (dpa). Maßgebliche Stellen der Bundesregierung erwägen gegenwärtig, ein Bundessicherheitsamt einzurichten, das alle Fragen bearbeitet, die mit der äußeren Sicherheit der Bundesrepublik zusammenhängen. Der Leiter des Sicherheitsamtes soll ein führender Bundestagsabgeordneter werden, dürfte aber vermutlich keinen Kabinettsrang erhalten. Unterrichtete Kreise nennen den CDU/CSU-Abgeordneten Theodor Blank als aussichtsreichen Kandidaten für den Posten. Nach den vorliegenden Plänen soll das Sicherheitsamt unmittelbar Bundeskanzler Dr. Adenauer unterstellt werden.

30 000 Mann „auf einmal zuviel“

Bonn (EB). Die Länderfinanzminister konnten gestern keine Einigung über die Höhe und die Verteilung der von den Ländern zu tragenden Kosten für die Bereitschaftspolizei erzielen. Es wurde betont, daß es gegenwärtig sehr fraglich sei, ob die Länder 30 000 Mann wie vorgesehen bis zum 31. März 1951 aufstellen, ausrüsten und unterbringen könnten. Die Minister glauben daher, es sei zweckmäßiger, bis März 1951 zunächst einen Teil der Bereitschaftspolizei mit Gummiknüppeln und Pistolen auszurüsten, als die Vollausstattung von 30 000 Mann zu planen und dieses Ziel nicht zu erreichen.

Erdöl-Industrie gab Schmiergelder

Auch Blankenhorn (CDU) belastet - Abg. Aumer erhielt allein 21 000 DM

Bonn (EB). Vor dem „Spiegel“-Untersuchungsausschuß des Bundestages sagte gestern der niedersächsische Erdölindustrielle und Vorsitzende des „Verbandes der Erdölgewinnungsbetriebe“, Theodor Teile, aus, er habe dem Abg. Aumer (Bayernpartei) aus Mitteln seiner Firma drei Beträge in Höhe von 7500, 5000 und 9000 DM zukommen lassen. Teile erklärte unter Eid, diese Spenden seien „ohne irgendwelche Bedingungen“ ausgegeben worden. Von ihm oder von anderen Kreisen hätten fast alle Parteien Geld erhalten.

Konsul Schmidhuber, früherer Schatzmeister der Bayernpartei, gab zu, von „Herrn Heinrichsbauer“ zur Unterstützung des bürgerlichen Wahlblocks CSU/FDP bei den Kulmbacher Wahlen 5000 DM erhalten und davon 2000 DM an den Abgeordneten Donhauser weitergeleitet zu haben.

Durch die Aussage des Abgeordneten Loritz (WAV) vor dem Untersuchungsausschuß wurde der Ministerialdirektor Blankenhorn, der frühere persönliche Referent Dr. Adenauers, im Zusammenhang mit der Bestechungsaffäre schwer belastet. Loritz schilderte, wie ihn einige Tage vor der Abstimmung über Bonn oder Frankfurt im Vorraum des Bundeshausrestaurants ein Unbekannter gefragt habe, was der Kauf aller WAV-Stimmen für Bonn kosten würde. Er habe ihm geantwortet: „Wenn Sie nicht sofort gehen, haue ich Ihnen eine runter. Dann wissen Sie, was es kostet.“ Loritz will den Unbekannten vorher im Bundeshausrestaurant an einem Tisch

mit Ministerialdirektor Blankenhorn gesehen haben. Auch früher sei dieser Mann bereits mehrmals mit Blankenhorn zusammen gewesen.

Der stv. Landesvorsitzende der Bayernpartei, Fischbacher, erklärte, Donhauser habe sehr unkorrekt über die von ihm verwendeten Gelder abgerechnet. 16 000 DM seien für Öl und Benzin verbucht und 5000 DM ohne Belege ausgegeben worden. Fischbacher bezeichnete es als sicher, daß der Abgeordnete Maierhofer von Aumer 1000 DM erhalten habe, um für Bonn zu stimmen.

Auf eine Beschwerde des Ausschußmitgliedes Adolf Arndt (SPD) schloß der Ausschuß den in Bonn akkreditierten ADN-Korrespondenten Gerav von den öffentlichen Sitzungen aus, weil er über die Sitzungen böswillig entstellend berichtet hätte. Dem Präsidium des Bundestages wurde empfohlen, ihm die Erlaubnis zur Berichterstattung zu entziehen.

„Zentrale für Heimatdienst“

Stuttgart (LWB). Das württ.-badische Kabinett wird sich in seiner nächsten Sitzung am Montag erneut mit der Frage der Einrichtung einer „Zentrale für Heimatdienst“ beschäftigen. Als Leiter dieser Institution ist Dr. Betz vom Institut für öffentliche Angelegenheiten in Frankfurt vorgesehen. Dr. Betz hat bereits in einem Büroraum in Stuttgart mit den Vorarbeiten für den Aufbau dieser Dienststelle begonnen.

Gleichberechtigung für Kapital und Arbeit

DGB: Konferenzen ohne Kompromißbereitschaft sind sinnlos

Düsseldorf (dpa). Der deutsche Gewerkschaftsbund begrüßte gestern „die ermutigende Förderung nach Selbstkritik der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens“, wie sie Dr. Helmuth Krenzel vom Vorstand der Vereinigung der Arbeitgeberverbände am Donnerstag vor Pressevertretern in Düsseldorf vorgetragen hatte.

Unverkennbar sei den Worten Dr. Krenzels zu entnehmen, so betont der DGB, daß die Möglichkeit neuer Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern nicht verbaut werden solle. Es werde völlig übersehen, daß die gewerkschaftliche Haltung Auswirkung und nicht Ursache sei. Die Gewerkschaften forderten Gleichberechtigung für Kapital und Arbeit, paritätisch besetzte Industrie- und Handelskammern und Aufsichtsräte aller Kapitalgesellschaften als Grundlage einer wirtschaftlichen Demokratie. Es sei sinnlos, immer wieder zu konferieren, um sich zu bestätigen, daß man in einigen Nebenfragen einig sei, aber in Hauptfragen das klare Nein der Unternehmer höre.

Die Arbeitgeber vergäßen auch, daß die stärkste Zufuhr an „Kapitalblut“ der deutschen Wirtschaft nach der Währungsreform durch nicht ausgezahlte Löhne und Gehälter gekommen sei.

Besonders sei die Erklärung Dr. Krenzels zu beachten, daß jeder Versuch einer politischen Bestechung durch die Unternehmer mit schärfstem Nachdruck verurteilt und in den

eigenen Reihen geahndet werde. Die DGB-Pressestelle besitze ein vertrauliches Rundschreiben des Fachverbandes Feuerfeste Industrie, vom 24. Juni 1949, in dem mitgeteilt wurde, daß der Verband 7000 Mark für die bürgerlichen Parteien als Wahlunterstützung ausgegeben habe. Dr. Krenzel selbst habe das Sammeln von Mitteln für politische Zwecke beanstandet. Der DGB erwarte daher, daß die Arbeitgeberverbände gegen solche Kreise vorgehen.

Geburtstagsglückwünsche für Dr. Schumacher

Bonn (dpa). Zum 55. Geburtstag des SPD-Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher am Freitag trafen Briefe, Telegramme und Geschenke aus Deutschland und vielen Teilen der Welt in Bonn ein. Gratulanten waren deutsche Ländervertretungen, Arbeiter und Angestellte des Bundeshauses, Belegschaften großer Betriebe aus der Bundesrepublik, politische Freunde aus aller Welt und auch amerikanische Gewerkschaftler.

Die Berliner Sozialdemokraten schickten unter anderem eine Ausgabe des früheren SPD-Zentralorgans „Vorwärts“ vom 24. Februar 1932. Die Zeitung enthält einen Bericht über das damalige Rededuell zwischen Dr. Schumacher und Goebbels im Reichstag, bei dem Schumacher das Wort vom „Nationalsozialismus als Appell an den inneren Schweinehund“ prägte.

Kurzmeldungen

Richter des Bundesfinanzhofes

Bonn. Bundespräsident Professor Theodor Heuss hat am Donnerstag den Präsidenten des Bundesfinanzhofes, die beiden Senatspräsidenten und fünfzehn Bundesfinanzrichter ernannt. (dpa)

Ehard besucht den Papst

München. Der bayerische Ministerpräsident Dr. H. Ehard verließ München am Freitag zu einem Staatsbesuch in Italien. Dr. Ehard will dem Papst in einer Sonderaudienz eine aus Oberammergau stammende Holzschnitzarbeit überbringen. (dpa)

Zur verschärften USA-Einreise

Köln. Der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie hat in einem Schreiben an Bundeskanzler Dr. Adenauer ernste Besorgnis über die Verschärfung der Einreisestimmungen in die USA geäußert und Dr. Adenauer gebeten, alles zu tun, damit diese Maßnahmen zurückgenommen werden. (dpa)

Südamerikareise ein Erfolg

Bonn. Dr. Carl Spiecker kehrte am Freitag von einer zweimonatigen Informationsreise im Auftrage der Bundesregierung aus Südamerika zurück. Er erklärte nach seiner Ankunft in Bonn, daß seine Reise ein Erfolg gewesen sei. (dpa)

Rotes Kreuz bittet um Nachrichten

Hannover. Der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes wandte sich am Freitag mit der Bitte an die Öffentlichkeit, ihm alle Nachrichten über deutsche Kriegsgefangene in Korea sofort zuzuleiten. (dpa)

Luftreise Berlin—Bundesgebiet billiger

Berlin. Auf allen Flugstrecken zwischen Berlin und dem Bundesgebiet wird vom 22. Oktober an der Flugpreis für einen Hin- und Rückflug vorläufig um 25 Prozent ermäßigt. Der Rückflug muß allerdings innerhalb von acht Tagen angetreten sein. (dpa)

KARLSRUHE

Karlsruhe in Grün und Blumen

Der Gartenbau-Verein Karlsruhe hat in diesem Jahr zum erstenmal nach dem Krieg die Karlsruher Bürgerschaft wieder zur Beteiligung am Blumenschmuck-Wettbewerb aufgefördert. Die Anmeldungen hierzu sind diesmal noch etwas spärlich eingegangen, die Prüfungskommission konnte aber bei ihrem Bundgang feststellen, daß eine große Anzahl schön geschmückter Fenster und Balkone bei der Prämierung unberücksichtigt bleiben mußten, weil leider Anmeldungen nicht vorlagen. Wir dürfen aber daraus schließen, daß die Aufforderung zur Schmückung der Fenster und Balkone doch seitens der Blumenfreunde weitgehendste Beachtung gefunden hat. Immerhin konnten doch 63 Preise zuerkannt werden und zwar 19 erste Preise; 33 zweite Preise und 11 dritte Preise, einige Anmeldungen mußten leider unberücksichtigt bleiben, da die Voraussetzungen zu einer Prämierung nicht gegeben waren. Die Prämierungskommission selbst besteht aus Vorstandsmitgliedern des Vereins und aus Fachleuten, die die Besichtigung bei zweimaligem Begehen ehrenamtlich durchführten. Wir nennen hier die Namen der Familien, die mit ersten Preisen bedacht werden konnten. Es sind dies: Erwin Kober, Karl Röder z. Kühlen Krug, Friedrich Prinz, Ernesti u. Speth, Th. Bollheimer, Eugen Holmann, Hubert Rettich, W. Ehemann, Karl Laub, R. Meisner, Hans Schöne, Aug. Kampf, Frau Fr. Büchel, Karl Maier, Stein-Denninger, Hertha Meyer u. Arthur Huber. Im Rahmen der Veranstaltungen zur Herbstwoche und in Verbindung mit dem Verkehrs-Verein hat die Ausgabe der Preise am Dienstag, 10. Oktober, stattgefunden. Bemerkenswert ist, daß eine Anzahl Behörden-Gebäude ebenfalls schönen Blumenschmuck zeigten, es sei hier u. a. das Neue Rathaus und das Hauptpost-Gebäude am Lorettoplatz erwähnt. In dankenswerter Weise hat der Gartenbau-Verein zur Beschaffung der Preise weitgehendste Unterstützung durch die Stadtverwaltung, den Verkehrs-Verein und die Karlsruher Gartenbaubetriebe gefunden. A.R.

Vier Bankkonten — blitzblank

In Sachen Baukostenzuschüsse . . .

Zufällig anwesend und gleich verhaftet

Wohnungen sind heutzutage noch die einzige Mangelware. Daß es unter diesen Umständen, wie in jenen Zeiten als man für eine Bosco zwei Mark berappen mußte, Leute gibt, die daraus Kapital zu schlagen versuchen — und schlagen! — ist klar. Äußerlich haben sich diese Typen zwar der Zeit angepaßt. Sie hungern nicht mehr an den Straßenecken herum, sondern „machen“ in seriös. Je nach

blitzblank. Außerdem hatte sich der Wohnungsmakler überraschend von Karlsruhe abgemeldet. Nach Tiengen — nahe der Schweizer Grenze . . .

Als weitere Ermittlungen ergaben, daß sich Tsch. auf diese Weise eine erhebliche Geldsumme verschafft hatte, erließ die Staatsanwaltschaft Haftbefehl.

Das Fernschreiben nach Tiengen brauchte indessen nicht mehr durchgegeben werden, denn bei der gleichzeitig angetretenen Hausdurchsuchung in Karlsruhe trafen die Kriminalbeamten zu ihrer Ueberraschung den Gesuchten dort an.

Von seiner Verhaftung schien er nicht sonderlich überrascht gewesen zu sein. „Ich hab' eben viele Feinde . . .“, meinte er. Nun, die weiteren Untersuchungen werden ergeben, weshalb ihm die Leute so böse sind . . .

Allen Wohnungsuchenden aber sei empfohlen, sich die Leute, denen sie Baukostenzuschüsse geben wollen, erst einmal unter die Lupe zu nehmen. Pat!

Baudarlehensschwindler

Wegen Baudarlehensschwindel wurde in Karlsruhe der Kaufmann Wilhelm Tschira festgenommen. Tschira hat eine große Anzahl Personen zur Herausgabe von Geldbeträgen in noch unbekannter Höhe unter dem Versprechen, Wohnungen auszubauen, veranlaßt. Da zu vermuten ist, daß noch weitere unbekannte Personen in gleicher Weise durch Tschira geschädigt wurden, werden die Geschädigten gebeten, Anzeige bei der Kriminalpolizei, Karlsruherstr. 15, Zimmer 10, schriftlich oder mündlich zu erstatten.

Bedarf treten sie — wie der Fall des gestern verhafteten 67jährigen W. Tsch. zeigt — als Kaufmann, Bankdirektor a. D. oder Geschäftsführer irgendeiner Baugesellschaft auf, um sich auf diese Weise an Wohnungsuchende heranzumachen.

Auf Grund verschiedener Anzeigen aus Karlsruhe und Durlach wurde die Kriminalpolizei auf Herrn Tsch. aufmerksam und dabei stellte es sich heraus, daß sich besagter Herr — von dem behauptet wird, er sei ein Betrüger — unter dem Versprechen, Häuser zu bauen, Baukostenzuschüsse von seinen künftigen Mietern geben ließ. Nur einige davon hatten das Glück, das so schnellst gewünschte Dach über den Kopf zu bekommen. Viele aber warten noch immer.

Was hat Herr Tsch. mit dem Geld gemacht? Seine vier Bankkonten, die er unterhält, waren, als sich die Kripo dafür interessierte —

Beschlagnahme von Privateigentum Rechtsverletzung

In dem Delegiertentag des Landesverbandes Württemberg-Baden der Besatzungsgeschädigten in Karlsruhe wurde die Verbandsleitung einstimmig ermächtigt, in erster Linie mit allen Mitteln für die Freigabe des völkerrechtswidrig beschlagnahmten Privateigentums zu kämpfen. Die Delegierten nahmen mit großer Befriedigung davon Kenntnis, daß namhafte Professoren des Völkerrechts bei einer Tagung in Frankfurt am 30. September die Beschlagnahme und die damit verbundenen Zwangsmaßnahmen als krasse Rechtsverletzungen bezeichnet haben.

Dr. Dehler an Staatsintendant Wolff

Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen nochmals für die eindrucksvolle Festvorstellung zur Eröffnung des Bundesgerichtshofs herzlich zu danken und Sie zu bitten, diesen Dank auch Herrn Walter Born und den Künstlern zu übermitteln. Mit den anderen Festgästen war ich tief beeindruckt durch die ausgezeichneten musikalischen und darstellerischen Leistungen. Die Verdi-Oper hat dem Tag der Eröffnung des Bundesgerichtshofs einen besonderen Glanz verliehen.

Pockenschutz-Erstimpfung

Die gesetzlich vorgeschriebene Pockenschutzimpfung der Kinder wird wieder durchgeführt. Impfpflichtig sind alle Kinder, welche im Jahre 1949 oder früher geboren sind und noch nicht mit Erfolg geimpft wurden. Für die Erziehungsberechtigten ergeht hierzu eine besondere Einladung. Auch im Falle, daß eine Einladung unterbleibt, sind die Erziehungsberechtigten verpflichtet, ihre Kinder in dem der Wohnung am nächsten gelegenen Impf-

Berufsportrait:

Vom italienischen Hanf bis zur Wäscheleine

Besuch bei der einzigen Drahtseilerei in Karlsruhe

Früher gab es bestimmt mehr. Heute ist ein rein handwerklicher Betrieb nicht mehr rentabel. Deswegen gehen die meisten Seilereien dazu über, ihre Werkstätten zu modernisieren. Trotzdem ist das Seilhandwerk infolge der industriellen Entwicklung stark zurückgegangen. In Nordbaden gibt es nur eine einzige Seilerei.

„Handgespinnst kommt heute gar nicht mehr in Frage, d. h. das Drehen des Garns von Hand“, erklärte Dipl.-Ingenieur D., der Besitzer der Seilerei in Durlach. Der Hanf wird fast ausschließlich von Italien bezogen, seitener aus Jugoslawien. — Wir unterscheiden zwischen Hartfaser, die aus den tropischen und subtropischen Zonen kommt, beispielsweise Sisal oder Manila und der Weichfaser aus den gemäßigten Gebieten. Am beliebtesten ist jedoch der italienische Hanf, der sich durch seine Feinheit und weiße Farbe besonders auszeichnet.“

Wie bei so vielen Produkten, stieg auch beim Hanf der Preis beträchtlich und beträgt heute das zweieinhalbfache des Vorkriegspreises.

„Und wird in Deutschland kein Hanf angebaut?“ — Kaum. Uebrigens wurde früher in den feuchten Gebieten längs der Rheinwälder der bekannte badische Schließhanf angebaut.

Der Rohhanf wird in der Spinnerei zu Garn versponnen, das den Seilereien geliefert wird.

Die Regale stehen voll von Kreuzspulen mit Garnen verschiedener Stärke. Aus dem Garn werden dann die Seile oder Leinen „geschlagen“ und zwar maschinell. Es gibt da, um nur einige

Außenhandels-Schulungskurse

Bei der besonderen Bedeutung, die dem deutschen Außenhandel zukommt, macht sich das Fehlen geeigneter kaufmännischer Nachwuchskräfte auf diesem Gebiete hemmend bemerkbar. Die Industrie- und Handelskammer Karlsruhe hat es daher unternommen, diesem Mangel durch Veranstaltung von Schulungskursen abzuwehren. Die Kurse sollen den Teilnehmern Gelegenheit geben, sich unter Anleitung von erfahrenen Praktikern und Fachkennern im Außenhandel weiterzubilden, um sich so das erforderliche Maß an Kenntnissen für die praktische Arbeit auf dem Außenhandelsgebiet anzueignen.

Die Teilnehmergebühr für den gesamten Lehrgang beträgt DM 20.—. Sie soll gleichzeitig mit der Anmeldung auf das Postcheckkonto Karlsruhe Nr. 100 00 der Industrie- und Handelskammer unter Angabe des Zeichens „Außenhandels-Schulungskurse“ überwiesen oder in bar bei Abholung der Teilnehmerkarte entrichtet werden. Nur vorherige Anmeldung ist möglich. Anmeldungen zur Teilnahme an dem Lehrgang sind schriftl. bei der Außenhandels-Abteilung der Kammer (Zimmer 4) abzugeben unter Angabe des Namens, des Alters und der Stellung des Teilnehmers.

lokal vorzustellen. Ausführliche Einzelheiten, insbesondere über den Ort und den Zeitpunkt der stattfindenden Impfungen, bringt die neueste Ausgabe des Amtsblattes der Stadtverwaltung Karlsruhe.

Personenstands- und Betriebsaufnahme am 24. Oktober

Die Personenstandsaufnahme bildet die Grundlage für die Ausschreibung und Zustellung der Lohnsteuerkarten, die Betriebsaufnahme für die Einkommensteuerveranlagung. Auf deren Durchführung kann auch in diesem Jahr nicht verzichtet werden, da die Heranziehung der Volkszählungspapiere für steuerliche Zwecke nach dem Volkszählungsgesetz (§ 10) ausdrücklich verboten ist.

Hausbesitzer oder deren Vertreter erhalten in der Zeit vom 12. bis 23. Oktober die Erhebungspapiere — Hausliste, Haushaltsliste, Betriebsblatt — durch Beauftragte der Stadtverwaltung zugestellt. Die Erhebungspapiere sind sofort an sämtliche Ausfüllungspflichtigen im Haus zu verteilen; auf die „Anleitung“ der Vordrucke für den Haushaltsvorstand und Betriebsinhaber wird besonders hingewiesen.

Die ausgefüllten Haushaltslisten und Betriebsblätter sind zu unterschreiben und gemäß den „Anleitungen“ (Betriebsblatt Seite 1, Ziffer 3; Haushaltsliste Seite 4, Ziffer 8a) dem Grundstückbesitzer oder deren Vertreter bzw. dem zuständigen Polizeirevier spätestens am 26. Oktober 1950, mittags, zu übergeben.

Der Grundstückbesitzer oder sein Vertreter liefert die vollständigen Erhebungspapiere sowie die ihm übergebenen „Mittelungen“ und seine etwaigen „Vermerke“ spätestens am 28. Oktober 1950 auf dem zuständigen Polizeirevier ab. Erhebungspapiere in verschlossenem Umschlag dürfen von ihm nicht geöffnet werden.

Karlsruher Filmschau

PALI:

„Wer fuhr den grauen Ford?“

Der Film wurde nicht zu dem, was einige gestrenge Herren in Mannheim und im Landtag befürchteten. Im Gegenteil! Vielleicht in manchem zu sehr mit dem erhobenen Zeigefinger, der möglicherweise wegen der vorherigen Debatten besonders spürbar wurde, gedreht, und zu bedacht, keine „Verbrecherverherrlichung“ zu begehen.

Wie dem auch sei. Einen Erfolg hat dieser Film zweifellos aufzuweisen, der deshalb an die Spitze gestellt ist, weil er — hoffentlich — nachhaltig sein wird. G. E. Martzsch, vom Nationaltheater Mannheim, der zum ersten Male filmte, ist — man kann es ohne Uebertreibung ausprechen — eine Entdeckung, wofür Paul Pfeiffer, dem Produktionschef und Kameramann, zu danken ist. Martzsch, Wernicke und Til Kiwe — ebenfalls ein Typ, der sich in Zukunft herausspielen wird, geben dem Film, was die „männliche Seite“ anbelangt, ein beachtenswertes schauspielerisches Niveau, das der Nachwuchs aus begrifflichen Gründen noch nicht erreichen kann. Erich Scholz könnte vielleicht einmal die Lücke im deutschen Film schließen, die heute so eklatant ist: Der Liebhaber zu werden; den es heute nicht mehr gibt, weil die Vertreter dieses Faches graue Schläfen bekommen haben. Bis jetzt ist er noch zu blaß — ebenso seine Partnerin Ruth Hambröck.

der man zwar das „Bürgermädchen“ durchaus glaubt, der aber noch verschiedene Zwischenlücke in der Ausdrucksfähigkeit mangelt.

Der Film selbst besitzt Spannung und Atmosphäre und wurde besser, als man von Anfang an erwarten durfte.



Hilde Seppak und Walter Pott in „Wer fuhr den grauen Ford?“

RONDELL:

„Panik um King Kong“

Ein augenrollender, wildschnaubender Riesengorilla voll ungezügelter Kraft als gebornames Spielzeug eines süßen Mädchens, — wenn dies keine Viecherlei ist, so ist es bestimmt eine Allegorie auf Hollywood. Es ist beides. Da wackeln die Wände, da ist was los! Der Affe tanzt, wirbelt wilde Löwen wie kleine Mäuse am Schwanz durch die Gegend, bricht den bösen das Genick und rettet am Ende Kinder vor dem sicheren Feuertod; denn der Affe ist gut. Ist das nicht gut? Du lachst dich kaputt. S.

KURBEL:

„Es war ein Mensch“

Geladenen Gästen führt das Evangelische Hilfswerk in der Kurbel einen neuen Film vor Curt Ortel, „Es war ein Mensch“, der am 22. Oktober um 11.30 Uhr der Öffentlichkeit gezeigt wird. Hervorragend eingefangene Bilder (Kamera A. von Baray) führen uns eindringlich die Vielfalt des heutigen Leidens, aber auch den erfolgreichen Kampf der Wohlfahrtsorganisationen vor Augen. Es wird nichts beschönigt, nichts vertuscht und nichts durch die Spielhandlung verneigt. In schlichten Beispielen werden die Aufgaben unserer Zeit aufgedeckt.

Der Film führt uns an den Stadtrand zu den Flüchtlingen und zeigt uns ihr Leben in den Baracken, in den Nissenhütten Schleswig-Holsteins in der Sandwüste der Insel Sylt und in der fremden Umwelt der bayerischen Diaspora. Er berührt die vielen anderen Gebiete, auf denen die Christenpflicht zum Helfen zwingt: die Sorge um Wohn-, Arbeits- und Erholungsplätze für die heimatlosen Heimkehrer, die Umschulungstätten für Verzehrte, die Heilstätten für tuberkulose Kinder in den bayerischen Bergen und mitten in

den Trümmern Berlins. In den Heimen und in den Lehrbetrieben für Jugendliche nennt er uns neben der Flüchtlingsfrage das ernsteste soziale Problem unserer Zeit: die Sorge für die streuende, heimatlose und von der Arbeitslosigkeit bedrohte Jugend. Wir erfahren, was aus eigener Kraft und mit ausländischer Hilfe geschieht, um christliche Gemeindehäuser, Bibeln, religiöse Schriften, Geräte und alles das zu geben, was sie seit der Kriegszeit entbehren. Wir sehen, wie die kirchliche Liebestätigkeit neue und moderne Wege geht und Rohstoffe verarbeitet, die von ausländischen Freunden als Spende erbeten wurden. Auf den ehemaligen Exerzierplätzen und in früheren Munitionsanstalten geben die ersten Wohn- und gewerblichen Siedlungen der Flüchtlinge einen einprägsamen Hinweis dafür, wie das Problem der 12 Millionen Vertriebenen in Deutschland angefaßt werden muß. Und schließlich versucht der Film auch manche Antwort auf die Frage zu geben, was jeder einzelne von uns im Alltag dazu beitragen kann, wieder etwas Nächstenliebe zu üben.



produkt ist nämlich sehr vom Wetter abhängig und dehnt sich bei Hitze und zieht sich bei Kälte zusammen.

Ein Seil besteht aus Litzen. Das Garn, aus dem die Litze hergestellt wird, wird nach Meter pro Kilogramm berechnet. Zu einer Litze mit einem Durchmesser von sechs Millimeter werden beispielsweise acht Fäden von 330er Garn verwendet, d. h. 330 Meter Garn wiegen ein Kilo. Die Spulen mit dem Garn sind auf der Hauptrolle der Schlagmaschine angebracht. Durch eine Lochplatte laufen die Fäden in eine kalibrierte Stahlhülse und verlassen diese bereits fertige Litze. Die Litze läuft erst über den Transport und wird zuletzt auf einer sogenannten Haspel aufgetrommelt. Arbeitszahl Nummer 2: Aus den Litzen werden Seile. Dies geschieht mit der Seilschlagmaschine. Zuerst werden die Litzen zwischen die Haken der beiden Geschirre eingespannt und durch Drehung noch verkürzt. Dann läuft das Leitholz und im Handumdrehen entsteht ein dickes Seil. Das Leitholz schaltet am Vordergeschirr gleichzeitig noch den Strom ab.

Aber nicht nur von Kreuz- und Längsseilen versteht Dipl.-Ingenieur D. etwas. Seine Kenntnisse im Maschinenbau erlauben es ihm, einen Teil der Anlagen selbst zu bauen und verschiedene Maschinen zu verbessern oder für seine Verhältnisse umzubauen.

Zu den anderen Arbeiten die noch zu verrichten sind, gehört das Splicen von Ossen und „Kauschen“ (Ossenspleiß mit Metallbelag an der Innenseite) und das Polieren der Seile.

Und da liegen dann die fertigen Seile, mit dem einen wird vielleicht ein Bauer seinen Wiesbaum festzurren und das andere geht vielleicht am Poller eines großen Schiffes auf weite Fahrt.

„Karlsruher Herbsttage 1950“

Heute Samstag, den 14. Oktober:

19.30 Uhr, Badisches Staatstheater, Großes Haus, zum letzten Male, Sondervorstellung zu kleinen Preisen von „Mignon“, Oper in drei Akten von Ambroise Thomas.

Südstadt-Werbewoche:

20.00 Uhr, Conradin-Kreutzer-Haus, Wilhelmstr. 14. Zum Ausklang: „Ende gut — alles gut“.

Sonntag, den 15. Oktober:

10.00 Uhr: „Rund um den Schloßplatz“, Staffelläufe der Turn- und Sportvereine des Kreises Karlsruhe.

11.00 Uhr: „Karlsruhe singt und musiziert“, Unter diesem Motto konzertieren Karlsruher Gesang- und Musikvereine auf verschiedenen Plätzen (Gottesauer-, Gutenberg-, Werder-, Ludwigs- und Marktplatz sowie auf dem Platz vor der Hauptpost und vor dem Alten Bahnhof).

18.00 Uhr, Christuskirche: Aufführung der Hohen Messe in h-moll von J. S. Bach anlässlich des 50jährigen Bestehens der Christus-Kirche.

14.30 Uhr, Badisches Staatstheater, Großes Haus als erste Vorstellung für die Fremdenmiete und bei freiem Kartenverkauf „Der Zarewitsch“, Operette von Franz Lehár.

19.30 Uhr, Badisches Staatstheater, Großes Haus: Bei freiem Kartenverkauf: „Saison in Salzburg“, Operette von Fred Raymond.

Südstadtwerbewoche:

13.00 Uhr: Zum Abschluß der Werbewoche eine Veranstaltung in der Schau- burg unter dem Motto „Zum Schluß“.

Mutige Maschineuse Ursula

Das Mädchen, das nicht mit Puppen spielen wollte — Maschinenbaustudentin setzt sich durch

Heute erschließen sich immer mehr Mädchen durch ihre Tatkraft, ihr Selbstvertrauen und ihre Tüchtigkeit Berufe, die bis vor wenigen Jahrzehnten noch ausschließlich den Herren der Schöpfung vorbehalten schienen. Vor knapp fünf Jahrzehnten zum Beispiel war es für eine Frau noch nicht möglich, in Deutschland Medizin zu studieren. Heute arbeiten tausende junger Medizinstudentinnen an den Universitäten und weitere Tausende junger Aerztinnen haben sich bereits im Beruf durchgesetzt und sind ihrer Tüchtigkeit wegen von den männlichen Kollegen geschätzt und geachtet. Eine ähnliche Entwicklung scheint sich in den naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen anzubahnen: An den technischen Hochschulen schreiben sich immer mehr Studentinnen ein, Mädchen, die den Mut haben, eine Bresche in das alte Vorurteil zu schlagen, eine Frau besitze kein technisches Verständnis. Die Studentinnen sitzen neben ihren männlichen Kommilitonen im Hörsaal, sie arbeiten neben ihnen im Laboratorium und sie beweisen ihnen in den Prüfungen, daß auch eine Frau, wenn sie nur die nötige Ausdauer, Mut und Zähigkeit hat, auch in einer rein naturwissenschaftlich-technischen Disziplin „ihren Mann“ stellen kann.

„Die Maschineuse“ hatte man sie genannt, als sie, ein zwanzigjähriges blondes Mädchen mit norddeutschem Akzent, bei den ersten Vorlesungen auftauchte. Aus dem Tonfall der Kommilitonen klang die ganze nachsichtig-despektierliche Haltung, die man von seiten der Techniker Frauen entgegenzubringen pflegt, die es wagen, in die maskuline Phalanx der Maschinenbauer, der Bauingenieure oder der Elektrotechniker einzubrechen und diese Berufe sich und den Geschlechtsgenossinnen zu erschließen. „Die Maschineuse“ heißt sie auch heute noch, nachdem sie fünf Semester hinter sich gebracht hat. Die Bezeichnung blieb — aber der Ton hat sich geändert, mit dem man heute von der Maschinenbaustudentin spricht. Aus der despektierlichen Nachsicht, in der immer ein beleidigender Unterton von Verachtung für eine „Marotte“ nachzuschwingen schien, ist Achtung geworden. Achtung vor einem modernen jungen Mädchen, das sich nicht um die Meinung der Männer und selbst nicht um die Meinung des konservativen Elternhauses kümmerte, sondern den Beruf ergriff, der ihr Freude macht.

Das Mädchen, das nicht mit Puppen spielte

Wer Ursula M. auf ihrer Studentenbude besucht, muß Glück haben, wenn sie eine Stunde Zeit findet. Auf dem kleinen Schreibtisch häufen sich Bücher — ausnahmslos technische Literatur und mathematische Lehrbücher — zu Stapeln. Schwierige mathematische Berechnungen bedecken jeden Fetzen Papier und vor dem Fenster, von dem aus man in eine düstere, graue Vorstadtstraße hinausblickt, ist das Reißbrett befestigt. Bleistifte, Zirkel und Winkelmaß sind das Handwerkszeug, das die Maschinenbaustudentin Ursula beiseitelegt. „Heute habe ich ein wenig Zeit — meine achte Konstruktionsübung ist nahezu fertig. Nur noch ausziehen...“ Dafür hat Ursula allerdings ein ganzes Semester lang wie eine Wilde geschuftet. Was die männlichen Kommilitonen nicht

glauben wollten, hat sie fertiggebracht. Innerhalb eines Vierteljahres hat sie ohne irgendwelche Hilfe acht Bögen erledigt. „Leicht gefallen ist es mir bestimmt nicht“, gesteht sie, „morgens um fünf bin ich aufgestanden und oft hat das Licht noch nachts um elf bei mir gebrannt. Was die Männer selbst nur unter Anspannung aller Kräfte geschafft haben, ist mir oft furchtbar schwer geworden. Dafür allerdings hatte ich in mancher Hinsicht den Kommilitonen auch etwas voraus: Das Zeichnen, das ihnen immer so viel Schwierigkeiten macht, hat mir viel weniger Beschwerden gemacht als ihnen. Ich bin nur manchmal wild geworden, wenn ich in der Mensa hören mußte: „Bei so viel Verehrern ist das kein Wunder.“ Die Männer — und das ist bei allen Übungen so — können immer noch nicht glauben, daß es Mädchen gibt, die dasselbe leisten wie sie. Sie betrachten, nachdem die Frau sich so viele Berufe erschlossen hat, die technischen Bezirke immer noch als ihre ureigenste Domäne. Ich habe es zu spüren bekommen.“ Ursula M. seufzt belustigt. „Da war plötzlich, als sie merkten, daß ich nicht zum Flirten gekommen war, jede Kavaliervorstellung vorbei. In den überfüllten Vorlesungen hat niemand auch nur den Versuch gemacht, mir zu einem Platz zu verhelfen. Ich habe genau so lange gestanden, wie alle andern. Und als ich meinen Arm in Gips liegen hatte, wurde er mir bei dem Gefühl und Gedränge fast abgedrückt. „Eine Marotte“ bekam ich immer wieder zu hören und erst, als ich in den Prüfungen neben ihnen saß, glaubten meine Kommilitonen endlich, daß ich es ernst meinte und daß ich nicht hierher gekommen bin, um mir auf leichte Art einen Mann zu suchen.“

Wie Ursula M. dazu kam Maschinenbau zu studieren? In einer Maschinenfabrik aufgewachsen, zwischen Gießpfannen neben einem Bruder großgeworden, von dem es feststand, daß er einmal Ingenieur werden sollte, tat es kein Wunder, daß in ihrem Abiturzeugnis schon der Wunsch vermerkt war „Ursula möchte Ingenieurin werden.“

„Ich habe nie mit Puppen gespielt“, bekennt sie, „ich war selig, wenn ich meinem Bruder bei seinen technischen Spielereien helfen durfte. Er hat dafür oft abends meine Puppen zu Bett gebracht, damit sie nicht weinen, wie er sagte...“

Mit Pferdefleisch und Margarinebrot...

Als dann der Bruder plötzlich nicht mehr kam, als Ursula mit ihren Eltern flüchten mußte und alles, was in einer fünfundsiebzigjährigen Familientradition erarbeitet wurde, zurückblieb, schien es, als sei Ursulas Wunsch undurchführbar geworden. Mit einem einzigen geretteten Güterwagen voll Maschinen fing man in der britischen Zone wieder an — und Ursula half, wo sie helfen konnte. Sie stand im Haushalt, machte die Büroarbeiten und arbeitete ein halbes Jahr lang sogar im blauen Anzug in der Schlosserei. Dann, als das Größte überstanden schien, machte sich das junge Mädchen wieder Zukunftspläne. Sie war nach dem Tode des Bruders praktisch der „letzte Mann“ in der Familie. Wer sollte die Familientradition weiterführen? Ursula packte eines Tages die Koffer und fuhr südwärts.

Mit dem Abiturzeugnis in der Tasche und der Bescheinigung über ihre praktische Arbeitszeit schaffte sie es. Sie schrieb sich ein und war dann „die Maschineuse“ — eines der vier Mädchen unter fünfhundert Maschinenbauern. Ursulas Tüchtigkeit hat ihr geholfen, auch über die schwierige finanzielle Situation hinwegzukommen. In den Semesterferien arbeitet sie als technische Zeichnerin („Stundenlohn 1.10 DM“, erzählt sie stolz) und verdient damit ihren Lebensunterhalt. Einen Lebensunterhalt, der allerdings während des Semesters meistens in — Pferdefleisch und Margarinebrot besteht! Bis die Semesterferien anfangen, ist die tüchtige Maschinenbauerin dann allerdings so „un-



Vor der Diplomprüfung

ten“, daß sie schleunigst zu den „Fleischtopfen des Elternhauses“ zurückfindet.

Wer möchte angesichts von Pferdefleisch und Margarinebrot noch von einer „Marotte“ sprechen? — Unter diesen Umständen sich einen Beruf buchstäblich zu erhütern, Nacht für Nacht am Reißbrett zu sitzen, in den Vorlesungen vor Übermüdung und Hunger fast einzuschlafen und trotzdem nicht aufzugeben — das sollte für einen Mann schon viel heißen — wieviel mehr bedeutet es dann für ein Mädchen!

„Mutige Maschineuse Ursula!“ kann man da nur sagen.

Und das umschließt alle Hochachtung für eine Frau, die es wagte, allen ungünstigen Umständen zum Trotz sich einen Beruf zu erobern, der für eine Frau ungewöhnlich ist. — Einen Beruf zu erobern mit sehr viel Tüchtigkeit, sehr viel Zähigkeit, einer gehörigen Portion Mut und Margarinebrot mit Pferdefleisch. J. B.

Frauen für Virginia

1 Frau = 160 Pfund Tabak

Eine Schiffsladung Frauen geht nach Virginia — Tabaküberfluß behebt Frauenmangel

Die Besiedlung neuerrorbener Kolonien ist für alle Staaten mit Kolonialbesitz ein schmerzhaftes Problem gewesen und geblieben. Männer konnten zwar als Kaufleute oder Soldaten fremde Landstriche erobern; sie zu halten gelang indessen nur mit Hilfe der Frau.

Virginia — „jungfräuliches Land“ nannte Sir Walter Raleigh die neuentdeckte Kolonie, die er im Jahre 1584 für England in Besitz nahm, und gedachte bei dieser Namenwahl einer Herrscherin, der „jungfräulichen Königin“ Elisabeth von England. Wenn die neue Kolonie ihren Namen vermutlich auch mit größerem Recht trug als ihre hohe Patin, so erwies sie sich doch bald von einer unglaublichen Fruchtbarkeit. Sie brachte Tabak und später Baumwolle in reicher Fülle und von bester Qualität hervor, und bald strömten geldbedürftige Edelleute, an denen es in „Merry Old England“ nicht fehlte, in Scharen herbei, um in Virginia ihre stehenden Vermögensverhältnisse zu kurieren. Jeder von ihnen glich dem Baron Bruce Carlton — dem männlichen Helden in Kathleen Winsors Roman —

und jeder dieser adeligen Habenichtse fand sich in der Neuen Welt als Besitzer von 40—50 000 Acres wieder.

Als Aristokraten waren die neuen Grundbesitzer wenig geneigt, ihre riesigen Besitztümer selbst zu bearbeiten, und sie suchten daher dem Mangel an Arbeitskräften mit allen nur möglichen Mitteln zu steuern. Gepreßte Arme, Sträflinge, welche die gefügige Justiz Englands auch wegen geringster Vergehen zur Deportation verdammt, reichten nicht aus. Erst als ein holländisches Schiff im Hafen von Jamestown die ersten Neger aus Guinea gegen virginischen Tabak vertauschte und so den Strom „schwarzen Elfenbeins“ nach Amerika lenkte, war der Mangel an Arbeitskräften behoben.

Aber ein anderer Mangel herrte noch immer seiner Behebung: der Mangel an Frauen!

Mochten auch Negerinnen oder Indianermädchen dem einsam auf seiner Plantage hausenden Pflanzer über manch schwaches Stündchen hinweghelfen, die Gründung von Familien — und damit die wirkliche Besitzergreifung des Landes — war ohne weiße Frau ernstlich in Frage gestellt. Aber auch hierfür wußte man Rat in London. „Frauen für Virginia“ unter dieser Parole wurde in ganz England geworben. Die Werbung war ein voller Erfolg, und bald verließ ein Schiff mit 80 jungen Frauen an Bord die Gestade der britischen Insel. Sie waren jung — das ist überliefert; daß sie hübsch waren, darf man hoffen; ob sie aber im übrigen dem Namen ihrer neuen Heimat entsprachen, muß man flüchtig bezweifeln. Es waren Abenteuerinnen, denen Englands Boden unter den Füßen brannte. Dirnen, die ein Leben „ohne Vergangenheit“ beginnen wollten, lockere Mädchen, die auf die ewige Wechselbeziehung zwischen Nachfrage und Preis spekulierten, eine recht „gemischte“ Fracht, um es kurz zu sagen. Sicherer als jene Mädchen, welche einst bei der Fahrt über den berühmten Regensburger Strudel der böse Nöck holte, gelangten sie über den großen Teich hinüber in die weberhungerige Kolonie.

Und nun mußten die Frauen an den Mann gebracht werden. Die Nachfrage war ungeheuerlich, und da unter diesen Verhältnissen von Wahl oder Werbung keine Rede sein konnte, beschloß man, die begehrte Schiffsladung in öffentlicher Auktion zu versteigern. So pflegte man sonst mit den schwarzen Sklaven zu tun, und das Verfahren bewährte sich wieder. Nie war so hitzig geboten worden, niemals zuvor ging menschliche Ware so rasend ab! — Und womit wurde bezahlt? Natürlich mit Tabak, denn er war Virginias Haupthandelsartikel, hatte Kaufkraft wie Gold und war Währung für alles.

Je nach „Qualität“ zahlte man pro Weib 120 bis 160 Pfund Tabak — es war ein Riesengeschäft. Das Pfund virginischen Tabak stand damals mit 3 bis 4 Schilling im Kurs, aber selbst wenn die Umrechnung nach dem Vorkriegskurs 500 bis 600 RM ergibt, kann man den Kaufpreis des 17. Jahrhunderts daraus kaum annähernd richtig ermessen.

Kim Soo In war Koreas Mata Hari

Die schöne Koreanerin war Meisterspionin der Russen

Nur wenige der amerikanischen Soldaten, die nun die Hauptstadt Südkoreas wieder besetzten, werden sich an der Trümmerstätte des ehemaligen US-Hauptquartiers in Soul der schönen Koreanerin Kim Soo In entsinnen haben. Und doch trug diese junge Frau wesentlich zu der Katastrophe bei, die inzwischen ihre eigene Heimat verheerend heimsuchte und sich von hier aus dunkler, gefährlicher Schatten über die ganze Welt legte. Kim Soo In war unter dem Deckmantel einer Sekretärin der Geheimabteilung des amerikanischen Kriegsministeriums eine so vorzügliche Spionin für die Interessen der Gegenpartei gewesen, daß ihr Name heute schon als „koreanische Mata Hari“ in den Annalen der internationalen Spionage geführt wird.

Wer war diese geheimnisvolle Kim Soo In? Eine Koreanerin, so berichten Publikationen der Weltpresse, die auf amerikanischen Schulen erzogen wurde und englisch so perfekt beherrschte wie ihre Muttersprache. Während der japanischen Besatzung war sie nicht hervorgetreten. Erst als die Amerikaner nach Kriegsende Südkorea besetzten, war plötzlich diese junge und schöne Frau mit dem bezaubernden Lächeln zur Stelle. Da sie nachweisen konnte, nicht mit den Japanern zusammengearbeitet zu haben, wurde sie von den Amerikanern mit offenen Armen aufgenommen. Besonders von einem hohen amerikanischen Offizier, der leidenschaftlich für die schöne Frau entflammte.

Aber Kim Soo In war nicht nur eine schöne, sondern auch eine außergewöhnlich intelligente Frau. Sie verstand es auf geschickte Weise, wertvolle Informationen zu beschaffen, für die man sich im „Pentagon“, im amerikanischen Generalstabsgebäude, sehr interessierte. Sie machte Karriere. Jedermann betrachtete es als besondere Auszeichnung, mit der charmanten Koreanerin über Land und Leute zu plaudern. Besonders der inzwischen zu ihrem Geliebten avancierte, amerikanische Offizier. Daß er dabei über Dinge plauderte, die Kim Soo In interessiert, erfuhr er erst viel später. Viel zu spät auf jeden Fall, um seine Geliebte vor der Todesstrafe zu retten, die kurz vor Freigabe Souls über Kim Soo In als Leiterin des feindlichen Spionagenetzes verhängt wurde.

Ein Zufall hatte das Doppelspiel der koreanischen Meisterspionin enthüllt. Als nämlich die amerikanische Polizei im April dieses Jahres verschiedene kommunistische Agenten verhaftete, fanden die Ueberraschten nicht mehr Zeit genug, um alle Papiere zu vernichten. Unter diesen Papieren entdeckte die Polizei Briefe mit der Handschrift der „Sekretärin der Geheimabteilung des Kriegsministeriums“. Die Aufregung war natürlich groß. Noch eine Zeit lang wurde Koreas Mata Hari beobachtet, bis die sich überstürzenden, politischen Ereig-

nisse zur sofortigen Festnahme zwangen. Dabei stellte sich nun heraus, daß Kim Soo In ihr Doppelspiel seit Einstellung bei den amerikanischen Dienststellen betrieben hatte. Mit demselben, charmanten Lächeln wie ehemals, bekannte Kim Soo In, was nach ihrer Ansicht zu bekennen war. Ihren Geliebten jedoch entlastete sie mit dem Hinweis, daß er ja nie gewußt hätte, daß sie ein Doppelspiel trieb und daher ebenso das Kriegsministerium selber für „mitschuldig“ befunden werden müßte. P. P. (femina)



Für „Schlanke“

Schlank muß man sein, um dieses hellgrüne Modell (Gros) zu tragen. Das glatte Vorderstück des Rockes streckt sich bis über die Taille empor und wird an beiden Seiten an die Hüften geknüpft. Der Rock ist glockenförmig, jedoch nach oben hin schmal, glatt vorne und mit hinten und seitlich herabfallenden Falten. Die Ärmel erinnern uns an die Keulendärme unserer Großmütter. Dieses eigenartige Modell mit dem gerundeten Verschluss der Jacke hat eine stark hervorgehobene Taille, wovon der ziemlich weite Schoß, der vorn offen ist, breit nach unten fällt. Der Rock ist eng, wie man es in diesem Jahr braucht. Der große imponierende Persienärmel hebt außerdem die Eleganz dieses Kostüms.

